

Mehr Staatsgeld für Militärtransporter

Düsseldorf/Hamburg. Im Streit um die Finanzierung des Militärtransporters A400M kommen die Käuferstaaten der Industrie Medienberichten zufolge weiter entgegen. Die Gruppe der Abnehmerländer sei bereit, neben einer Nachzahlung von zwei Milliarden Euro für die Mehrkosten des Projekts weitere 1,5 Milliarden Euro in Form von Kreditbürgschaften zu übernehmen, berichteten die Financial Times Deutschland und die Süddeutsche Zeitung vom Dienstag. Auch sehe der Vorschlag der Käuferstaaten noch weiteren Spielraum bis zur endgültigen Festlegung der Details vor, etwa bei möglichen künftigen »Preisanpassungen«. Teil des neuen Angebots der Abnehmerländer sei auch, daß der Hersteller Airbus zunächst eine abgespeckte Basisversion bauen soll, berichtete die FTD. Später könnten demnach separate militärische Sonderlösungen für die sieben Käuferstaaten umgesetzt werden. Seit Wochen verhandeln Regierungen und Industrie über die Verteilung der massiven Mehrkosten für den A400M. Die Airbus-Mutter EADS hat 6,4 Milliarden Euro zusätzlich gefordert, um das Programm finanzieren zu können. Die Auslieferung der A400M verzögert sich bereits seit mehr als drei Jahren. Deutschland, Belgien, Großbritannien, Frankreich, Luxemburg, Spanien und die Türkei hatten insgesamt 180 der Propellermaschinen zum Gesamtwert von ursprünglich 20 Milliarden Euro bestellt.

(apn/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/139653.mehr-staatsgeld-für-militärtransporter.html>